

ANGRIFF AUF DIE HINTERZIMMER ...

Transparency/Transparenz = ¶*

- Making available data and information at all levels ¶
- A very problematic concept ¶
- Ein zentrales Instrument zur Kontrolle von Macht ¶
- Information on which the informed consent and understanding of the public can be based ¶
- Full public exposure to facts, figures, policies, to how people have come to make decisions ¶
- Das Offenlegen und zur Verfügungstellen von Informationen, die für das Gemeinwesen von Belang sind ¶
- An environment where people can more easily find out about the decisions that affect them – that helps them get involved in decisions that affect their lives ¶
- Ein breiter Ansatz, der in alle Politikbereiche hineingeht ¶
- Collaborative and open ¶
- As much information as is practically possible without putting lives at risk ¶
- Sauberkeit und Klarheit in Dinge bringen ¶
- Schließt nicht ein, welche Zahnpasta der Bundeskanzler benutzt oder welche sexuelle Orientierung er hat ¶
- What public policy makers do when they can't think of anything else to do ¶
- Don't know what transparency is |

* Definitionen der Gesprächspartner

ERZWINGT DAS
INTERNET DIE
GLAESERNE
POLITIK?



EINLEITUNG

»Transparenz« ist *das* neue Zauberwort, das in Deutschland und vielen weiteren europäischen Ländern durch die Politik spukt. Kaum eine Entscheidung oder Rede kommt mehr ohne den Verweis auf Offenheit und Einsehbarkeit aus. Scheinbar wird es von politischen Akteuren und Gruppen unterschiedlichster Couleur geteilt: Von Bürgergruppen wird die Transparenz eingefordert, von den Piraten mantrahaft als Allheilmittel beschworen und auch Politiker bekennen sich dazu – von den eher linken Parteien in Deutschland bis hin zu den konservativen Tories in Großbritannien. Dieses gemeinsame Bekenntnis zu einem Begriff hat uns stutzig gemacht. In unserer Gruppe warf dies die Frage auf, ob sich möglicherweise alle Beteiligten zwar auf das Schlagwort »Transparenz« einigen können, aber sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was damit gemeint ist und was damit bezweckt wird.

Dies war der Ausgangspunkt für unser Projekt »Angriff auf die Hinterzimmer – erzwingt das Internet die gläserne Politik?«. Es hat uns gereizt, uns auf die Spur des Phantoms »Transparenz« zu begeben, genauer hinter den Begriff zu schauen und herauszufinden, wie das Internet von Politik und Zivilgesellschaft in Europa eingesetzt wird, um für mehr Transparenz in der Politik zu sorgen. Um Projekte und Initiativen auszuwählen, die wir uns genauer anschauen wollten, wählten wir eine Definition von Transparenz, die möglichst einfach und wertfrei sein sollte:

Wir beschäftigten uns mit Projekten, bei denen es um die »Offenlegung von Daten und Prozessen der Politik« geht.

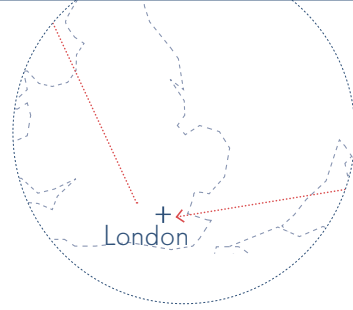
Warum haben wir uns überhaupt mit dem Zusammenhang von Transparenz und Internet beschäftigt? Schließlich ist die Debatte, wie offen Politik in der Demokratie sein muss, keine neue und könnte auch ohne Rückgriff auf das virtuelle Medium bearbeitet werden. Wir glauben, dass das Internet der Transparenzdebatte eine neue Dimension gegeben hat – dass damit ein Werkzeug zur Verfügung steht, das aus drei Gründen als Katalysator gelten kann.

Das Internet bietet einen ...

- 1 unbegrenzten Raum, in dem Unterlagen und Prozesse
- 2 zu niedrigen Kosten veröffentlicht werden können, und diese
- 3 frei und für jedermann zugänglich sind sowie per per Mausklick verändert und vervielfältigt werden können.

Unsere Leitfrage für das Projektjahr lautete gleichermaßen schlicht wie weitreichend: Inwiefern kann das Internet Politik wirklich offener machen?

Um der Frage nachzugehen, gingen wir neben Deutschland noch in England, Island und Schweden auf Spurensuche.



BERLIN

Berlin bot sich als Forschungsraum nicht bloß an, weil es vor der Haustür des Kollegs liegt. Es ist vielmehr auch die Hochburg der Piratenpartei, nach deren steilem Aufstieg die Themen Transparenz und Internetbeteiligung in aller Munde waren. Auch wenn die Piraten schon bald nach ihren ersten Wahlerfolgen in unruhiges Fahrwasser kamen, so blieben ihre Themen auf der Agenda und setzten auch die etablierten Parteien im Bundestag unter Zugzwang: Zahlreiche Parteien lassen Bürger mittlerweile in speziellen Projekten online über Parteiprogramme oder Gesetzesvorschläge diskutieren. Sie bieten die Möglichkeit, Kommentare und Hinweise zu hinterlassen. Auch der Bundestag setzte in der aktuellen Legislaturperiode (2009–2013) eigens eine Enquête-Kommission für Internet und digitale Gesellschaft ein, die Empfehlungen für das Parlament erarbeiten sollte, wie ein Update der »Politik des digitalen Zeitalters« aussehen könnte. Wir sprachen mit zahlreichen Politikern und Abgeordneten darüber.

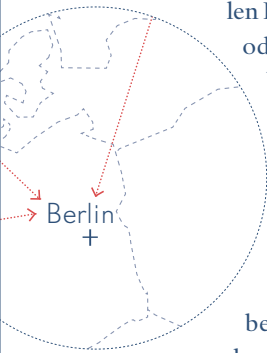
Aber auch zivilgesellschaftliche Initiativen interessierten uns. Sie nutzen das Internet beispielsweise, um einen direkten Kontakt zwischen Bürgern und Abgeordneten herzustellen, Politikern öffentlich Fragen zu stellen und deren Antworten einzufordern oder das Abstimmungsverhalten von Politikern zu dokumentieren.

LONDON

London war unser erstes Reiseziel und für uns eine sehr naheliegende Wahl. In dieser Stadt wollten wir uns ganz besonders mit dem Thema »Veröffentlichung von Daten« beschäftigen. Das ist in Großbritannien ein sehr präzentes Phänomen, das von verschiedenen Akteursgruppen vorangetrieben wird.

Zum einen gibt es in London zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen, die sich ausschließlich mit der Offenlegung von staatlichen Informationen und Daten beschäftigen. Sie wollen den Staat damit »transparenter« und offener machen. Beispielsweise fördern sie das Informationsfreiheitsgesetz, welches jedem Bürger einen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen gewährt. Zum anderen spielt aber auch der britische Staat selbst eine proaktive Rolle in der Transparenzdebatte. Die konservative Regierung unter David Cameron veröffentlicht Unmengen von Daten. Dadurch haben die Bürger in Großbritannien Zugriff auf eine Vielzahl staatlicher Daten. Der Bürger kann nachlesen, wie viel genau und wofür die staatlichen Krankenhäuser oder lokalen Kommunen Geld ausgeben. Sogar private Gespräche zwischen Ministern können veröffentlicht und von den Bürgern gelesen werden, wenn diese eine politische Relevanz haben.

Wir wollten in London ganz besonders dieses Phänomen der Datenveröffentlichung untersuchen. In anderen Worten: Wie profitieren die Bürger dieser »Transparenz« von reinen Daten und Informationen?



REYKJAVIK

Die Frage, wie ein Mehr an Transparenz gesetzlich verankert werden kann, dominiert in Island die politische Agenda. Dies kommt vor allem in der Zielsetzung zum Ausdruck, die modernste Rechtsprechung im Bereich Meinungs- und Informationsfreiheit zu schaffen. Ursprung dieser Bemühungen waren die Finanzkrise und die Enthüllungsplattform WikiLeaks. Nachdem die drei größten Banken des Landes kollabiert sind, versuchte man zu verstehen, wie es zu einer solchen Krise kommen konnte. Im Rahmen der Enthüllungen von WikiLeaks wiederum wurden geheime Unterlagen einer der Banken veröffentlicht. Diese Enthüllungen zeigten, dass kritische Berichterstattung von den Banken selbst verhindert wurde. Daraufhin kam es zu einer parteiübergreifenden Unterstützung der Idee, Island zu einer Oase der Informationsfreiheit zu machen.

Dieses Ziel wird ergänzt durch den Versuch, neue Beteiligungsformen zu finden. Vor allem durch das Internet sollen dem Bürger mehr Möglichkeiten eröffnet werden, Politik zu gestalten. Diese Gestaltungsmöglichkeiten finden sich sowohl auf der Ebene von Verfassungsänderungen wieder als auch z. B. bei der Frage, ob die Straße vor der eigenen Haustür erneuert werden soll.



STOCKHOLM

Stockholm war unser letztes Reiseziel. Hier haben wir uns besonders mit politischen Aktivisten beschäftigt, die das Internet für ihre Zwecke nutzen.

Auf Online-Zeitungsseiten wird Stockholm als digitale Hauptstadt bezeichnet, 90% der Schweden sind online. Seit 2003 gibt es in Schweden das Prinzip des »e-government«, wodurch Regierungsdaten online gestellt werden. Die schwedische Regierung selbst sieht sich der Internetfreiheit verpflichtet. Wir haben bei unserer Reise den Schwerpunkt auf Gespräche mit politischen Aktivisten gelegt, die selbst das Internet als Plattform benutzen, um ihre Ziele zu verwirklichen.



ANALYSE

Um eine Antwort auf unsere Leitfrage zu finden, inwiefern das Internet Politik offener machen kann, hatten wir versucht, aus der Vielzahl von Transparenzinitiativen, die uns auf den Reisen begegnet waren, Kategorien zu destillieren und nach drei wesentlichen Fragen zu analysieren, die die vermeintlichen oder tatsächlichen Vorteile der Transparenz unter die Lupe nahmen. Dabei untersuchten wir, ob ...

- 1 Transparenzmaßnahmen im Web dazu beitragen, dass Politik verständlicher wird und Bürger besser informiert sind.
- 2 Transparenzmaßnahmen zu einer höheren Einbindung in staatliche Entscheidungen führen können.
- 3 das Internet Einzelnen die Möglichkeit gibt, mehr Offenheit der Politik zu erreichen und eigene Themen zu setzen.

BESSER INFORMIERT?

Seit 2010 wird dem englischen Bürger ein neuer Mechanismus an die Hand gegeben, um seine Vertreter zu kontrollieren: Ein Besuch der Website data.gov.uk erlaubt es, anhand von Statistiken einen genauen Einblick zu erlangen, was wofür von wem ausgegeben wird. Anhand von Zahlen scheint der Bürger nun endlich seiner Aufgabe als Souverän gerecht werden zu können. Er muss seinen gewählten Vertretern keinen Vertrauensvorschuss geben, sondern kann ihn genau kontrollieren.

Die Antwort auf die Frage, ob Bürger besser informiert sind, scheint daher klar: Das Internet bietet die Möglichkeit, eine Vielzahl an Informationen bereitzustellen und abzurufen: Je mehr ich über etwas weiß, desto besser kann ich es verstehen.

Organisationen wie das »Bureau of Investigative Journalism« sehen die Veröffentlichungen als Chance, interessante Informationen zu finden. In einem Datenset wird nach interessanten Geschichten und Missständen gesucht, auf die der Leser aufmerksam gemacht wird. So entstehen Berichte wie die zum Thema »Bezahlung im öffentlichen Sektor«. Hierfür wurden mehrere Datensätze ausgewertet. Der Leser erhält zudem auf der Internetseite die Möglichkeit, neben dem Artikel auch die gesamte zugehörige Recherche online einzusehen und die Geschichte somit über das Printmedium hinaus nachzuvollziehen.

Auf den ersten Blick scheint es so, als würde sich die Veröffentlichung dieser Daten an den einzelnen Bürger richten, der dadurch besser informiert werden soll. Der Bürger erhält somit also anscheinend ein Instrument, um seine gewählten Repräsentanten besser zu kontrollieren. In unseren Recherchen haben wir jedoch festgestellt, dass dem Einzelnen häufig Zeit, Kenntnisse und Motivation fehlen, sich damit auseinanderzusetzen. Daher werden die Daten von einer zwischengeschalteten Instanz genutzt. Diese Instanz übernimmt die Arbeit, auszuwerten, zu veröffentlichen und Aufmerksamkeit zu generieren – ohne diese Instanz kann das Konzept also nicht funktionieren, die Veröffentlichung der Daten richtet sich somit an sie.

Doch selbst für diese Personen, die sich professionell damit befassen, ergeben sich Schwierigkeiten. Derjenige, der Informationen veröffentlicht, hat die Möglichkeit, sie so zu präsentieren, dass seine Behauptung durch die Daten unterstrichen wird. Dem Leser wird eine bestimmte Schlussfolgerung damit gewissermaßen »vorgeschlagen«. Eine wichtige Rolle nimmt hier zum Beispiel das Format ein, in dem die Daten bereitgestellt werden. Problematisch wird die Arbeit, wenn man mit einem Format arbeiten muss, dass keine Suchanfragen erlaubt. Wenn nur die Möglichkeit bleibt, die Tabellen in klassischer Weise zu lesen, wird die Arbeit erschwert oder gar unmöglich gemacht: Die Menge an Informationen ist einfach zu groß, um sie zu überblicken.

Wichtig sind auch Aspekte der Aufbereitung, so zum Beispiel die Wahl der Spalten- und Zeilenüberschriften. Diese Wahl legt fest, in welchen Kategorien die Posten präsentiert werden.

Den Posten »Waffenlieferungen an ausländische Diktatoren« wird man so wahrscheinlich in den wenigsten Einnahmetabellen finden. Trotzdem wird der Betrag in der Tabelle enthalten sein. Und es steht der Seite der veröffentlichenden Institution frei, eine Information entweder in einer Flut an Daten zu verstecken oder die Form so zu wählen, dass der Leser sie unmittelbar einsehen kann.

Bedenken bestehen aber auch auf der Seite derjenigen, die Daten veröffentlichen und die Befürchtung haben, sich dadurch angreifbar zu machen. Daten können sehr selektiv betrachtet, einzelne Werte können aus dem Kontext gerissen und ein Schlaglicht auf sie geworfen werden.

Können Daten zu mehr Verständnis beitragen? Wir denken, ja! Nur sind Daten kein neutraler Beweis und auch keine Rechtfertigung in sich. Eine Zukunftsvision, die einige ThinkTanks in England vorstellten, waren sogenannte »data based decisions«. Dies sind Entscheidungen, die nur auf Basis von Daten, auf Basis von vollkommener Information, getroffen werden. Öffentliche Gelder sollen auf der Grundlage einer riesigen Menge von Daten verteilt werden und so an den Ort gelangen, an dem sie effizient wirken können. Maßnahmen der Regierung müssten nicht mehr diskutiert und ausgehandelt werden, ein Blick in die Datenlage sollte genügen. Diese Vorstellung setzt jedoch voraus, dass die Daten an sich neutral sind. In unseren Augen sind sie das nicht. Daten sind vielmehr ein Argument: Sie können eine Behauptung unterstützen und überzeugend sein, müssen jedoch geprüft und gegeneinander abgewogen werden.

BESSER EINGEBUNDEN?

Transparenzmaßnahmen betreffen aber nicht bloß die Veröffentlichung von Daten. Sie zielen auch darauf ab, die Blackbox-Gesetzgebung zu öffnen und so Bürger stärker in politische Prozesse einzubinden und Politikverdrossenheit zu reduzieren.

Wir haben uns auf unseren Reisen viele verschiedene Online-Transparenz-Initiativen angesehen. Das Ziel dieser Initiativen ist meist ähnlich: Sie sollen den politischen Entscheidungsprozess einsehbarer gestalten.

ten. Was jedoch stark variiert, ist die Art und Weise, wie die Bürger in den staatlichen Entscheidungsprozess eingebunden werden. Bei manchen Projekten geht es eher darum, die Bürger zu informieren und mitreden zu lassen; bei anderen wiederum geht es tatsächlich darum, den Bürgern mehr Macht zu geben.

Hier möchten wir auf zwei verschiedene Modelle eingehen, die auf unterschiedliche Weise zur Einbindung der interessierten Öffentlichkeit führen.

Im ersten Fall wird die Beteiligung der Bürger eher als Ressource zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie betrachtet.

Hier soll es darum gehen, den Verlauf der Gesetzesberatungen besser zu dokumentieren und Anmerkungen von außen zuzulassen, die Eingang in die Beratungen finden können.

Als Beispiel lässt sich die isländische Verfassung nennen. Der Begriff »Wiki-Verfassung« bezeichnet den isländischen Verfassungsentwurf, der von einem Verfassungsrat geschrieben wurde.

Die Isländer hatten hierbei die Möglichkeit, sich während des Verfassungsprozesses mittels Facebook und Twitter an den Verfassungsrat zu wenden und Vorschläge einzubringen. Mehr als 3600 Facebook-Kommentare wurden in der Entwurfsphase eingebracht. Während des Prozesses war es jederzeit möglich, die öffentlichen Sitzungen des Rates online anzuschauen.

Trotzdem sind wir aber zu dem Schluss gekommen, dass diese Art der Bürgereinbindung doch eher begrenzt war. Zum einen nahmen relativ wenige Isländer tatsächlich die Chance wahr, sich einzubringen. Selbst

die Online-Übertragungen der Sitzungen verfolgten im Schnitt nur 150 bis 450 Bürger. Es gab also eine relativ geringe Beteiligung – besonders angesichts der Tatsache, dass der neue interaktive Verfassungsprozess am Anfang viel Enthusiasmus im Land geweckt hatte. Außerdem nutzen viele Isländer die Website lediglich, um sich über den aktuellen Stand des Verfassungsentwurfs auf dem Laufenden zu halten. Es ging also viel weniger darum, neue Ideen einzubringen – und vielmehr darum, als Informationsquelle zu dienen.

Vermutlich lag das daran, dass kein direkter Wirkungsmechanismus zwischen Input und Output existierte. In anderen Worten: Die Bürger konnten ihre Ideen auf diversen Internetseiten posten, sie wurden auch dazu eingeladen, dieses zu tun – trotzdem ist am Ende der konkrete Effekt dieser »neuen Beteiligung« nicht klar erkennbar.

An diesem Beispiel kann man sehen, wie eine höhere Bürgerbeteiligung als Ressource wahrgenommen wird: Politiker nutzen gewisse Internet-Transparenzinitiativen als Ressource, um Anregungen und Ideen der Bürger zu hören. Bürger wiederum nutzen die Transparenzinitiativen auch als Ressource, um sich besser zu informieren und eigene politische Meinungen zu bilden.

Eine Aussage des Bundestagsabgeordneten Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen), der auch in der Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft mitarbeitete, passt zu diesem Ansatz: »Das politische System kann durch Transparenz und Beteiligungsformen neuer Art ergänzt und verbessert werden. Repräsentative Demokratie kann darüber nicht abgeschafft werden.«

Es gibt aber auch eine zweite Art der Bürgerbeteiligung, in der Transparenz und Beteiligung weitergehend installiert werden.

In diesem Modell soll die Gesetzgebung nicht mehr als Blackbox fungieren, in der am Anfang gewählte Vertreter stehen und am Ende ein vom Plenum des Bundestags in fertiger Version abgestimmtes Gesetz steht.

Stattdessen soll die Online-Beteiligung einen verpflichtenden Charakter haben, also ein direktdemokratisches Element zur Steigerung der demokratischen Legitimität sein. Der Bürger darf nicht nur den Entscheidungsprozess kommentieren (wie beim vorherigen Modell), sondern kann erwarten, dass sein Input auch umgewandelt wird.

Hierbei lässt sich erneut ein Beispiel aus Island nehmen. Es geht um das »Better Neighbourhoods«-Projekt. Hinter diesem Titel steht ein bei der Stadtverwaltung von Reykjavik angesiedeltes Online-Projekt, mit dem die Einwohner sich unmittelbar an der Gestaltung ihrer Nachbarschaft einbringen können. Dabei haben sie die Möglichkeit, im Internet darüber zu entscheiden, für welche städtebaulichen Ideen Geld verwendet werden soll. Wie in einen Warenkorb können dabei Projekte für ein Stadtviertel zusammengestellt werden, die im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets finanziert werden können. Die Projekte mit den meisten Stimmen werden verbindlich umgesetzt.

Damit Online-Einbindung tatsächlich zu mehr Transparenz und nicht mehr Frustration führt, sollten Regierungen, die den Gesetzgebungsprozess öffnen wollen, klar kommunizieren, unter welchen Bedingungen dieses Projekt abläuft und wie der Input verwendet wird.

Diese Analyse-Frage lässt sich damit wie folgt zusammenfassen: Wir haben uns diverse Transparenzprojekte in verschiedenen Ländern angesehen und bemerkt, dass die Bürger über das Internet tatsächlich besser eingebunden, konsultiert und informiert werden können. Jedoch gab es kaum Projekte, bei denen die Bürger ernsthaft und erfolgreich mitentscheiden konnten – das »Better Neighbourhoods«-Projekt war für uns somit eine Ausnahme. Derartige Projekte funktionieren in der Regel bloß, wenn es um weniger komplexe Themen geht und wenn diese auf lokaler Ebene stattfinden.

**BESSER
THEMEN SETZEN?**

Bisher richtete sich unser Fokus vor allem auf den Staat. Das Internet hat aber auch die Zivilgesellschaft und den einzelnen Bürger ermächtigt. Er kann die Information über die Regierungsarbeit im Internet finden, manchmal kann er sogar seine Stimme direkt durch das Internet abgeben. Darüber hinaus gibt das Internet zivilgesellschaftlichen Initiativen auch ein effektives Werkzeug, um selbst aktiv zu werden, mehr Informationen einzufordern und Politik zur Offenheit zu zwingen.

Hier haben wir drei Akteursgruppen unterschieden.

1 Zivilgesellschaftliche Initiativen wie »Abgeordnetenwatch« und »Offener Haushalt« in Deutschland, »Our Kingdom« und »Theyworkforyou«, die britische Variante von »Ab-

geordnetenwatch«, haben einzelnen Bürgern die Möglichkeit gegeben, Druck auf die etablierte Politik auszuüben, um mehr Offenheit zu erzeugen.

2 Enthüllungsplattformen, die eigentlich geheime Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen und so Debatten anstoßen oder verändern können, stellen die zweite Gruppe dar. Das prominenteste Beispiel hierfür ist »Wikileaks«. Das ist eine Organisation, deren Ziel es ist, Unterlagen und Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Die über »Wikileaks« bereitgestellten staatlichen Unterlagen haben den politischen Betrieb weltweit mit spektakulären Enthüllungen durcheinandergewirbelt. »Wikileaks« bietet die Möglichkeit, derlei geheime Informationen sicher offenzulegen, von denen sogenannte »Whistleblower« glauben, dass sie im öffentlichen Interesse sind. Diese Informationen sind oft einem kleinen Personenkreis von Politikern, Journalisten oder Beamten bereits bekannt, doch durch deren Veröffentlichung können sie darin enthaltene unangenehme Wahrheiten nicht mehr leugnen. Fraglich bleibt, wo genau die moralische und politische Grenze für diese Art der Enthüllung liegt, schließlich gibt es auch schützenswerte staatliche und persönliche Interessen, die »Wikileaks« mit seiner radikalen Idee der Transparenz außer Acht lässt.

3 Hacker stellen schließlich die dritte Gruppe dar. Sie beschäftigen sich mit Sicherheitsmechanismen und insbesondere mit deren Ausbelegung. Sie nutzen ihre Informatikfähigkeiten, um Daten vom Staat oder andere Akteure zu entwenden oder zu manipulieren und aktiv am Informationsaustausch teil-

zunehmen. Vom Staat werden sie als Bedrohungen wahrgenommen, gleichzeitig bieten sie auch die Chance, vorher unerreichbare und für die Öffentlichkeit relevante politische Informationen zugänglich zu machen.

Die aktive Teilnahme Einzelner bietet nicht nur die Möglichkeit, Daten offenzulegen, sondern auch kreativ mit diesen Informationen zu arbeiten. Hier gelten »Abgeordnetenwatch«, »Offener Haushalt« oder »Theyworkforyou« als gute Beispiele, die den eher trockenen Input an offiziellen Informationen nutzen, um ein spannendes Output zu illustrieren, zu informieren und Themen zu setzen.

Durch das Internet hat der Einzelne zwar ein Druckmittel gegenüber der Politik bekommen, dennoch hat sich die Macht nicht gleichmäßig auf alle verteilt. Sie liegt nun bei denjenigen, die die nötigen IT-Kenntnisse haben, um Informationen offenzulegen und die erneut eine subjektive Wahl treffen, was sie in den Fokus der Öffentlichkeit rücken wollen. Aus Sicht des Staates jedoch hat sich der Informationskampf vergrößert, da nun mehr Individuen als vorher daran teilhaben.

ERGEBNIS

Wie beantworten wir nun also die Frage, inwiefern das Internet die Politik offener macht?

Wir haben festgestellt, dass sich diese Frage nicht klar mit »Ja, das Web macht Politik offener« oder »Nein, das tut es nicht« beantworten lässt, sondern mit einem »Ja, aber ...«.

Die zentralen Erkenntnisse sollen hier noch einmal kurz zusammengefasst werden.

Im ersten Analyse-Teil haben wir festgestellt: Ja, mehr Offenlegung von Daten findet statt, aber dies bedeutet nicht unbedingt, dass wir die Vorgänge besser verstehen.

Denn: Daten sind nicht neutral und brauchen Interpretation. Eine Datenflut kann der Sache der Transparenz sogar abträglich sein, da Wichtiges kaschiert werden kann und so eine Scheintransparenz entsteht. Gesprächspartner berichteten uns auch von Ausweichmanövern: Wenn klar ist, dass alles – freiwillig oder erzwungen – veröffentlicht werden kann, wird vieles nicht mehr dokumentiert, informell oder über den privaten E-Mail-Account geklärt. Dies legt nahe, dass eine gewisse Vertraulichkeit in der Politik offenbar nötig ist, um sich beraten zu können oder Kompromisse zu finden.

Zweitens stellten wir fest: Ja, mehr Einbindung und Konsultation von interessierten Bürgern findet statt.

Direkte Beteiligung wird aber sowohl von der Politik wie von Bürgern noch sehr zurückhaltend eingesetzt. Wenn derlei Projekte stattfinden, dann auf lokaler Ebene mit recht einfachen Zusammenhängen. Dies wirft die Frage auf: Wie können Formen der Beteiligung bei komplexen Themen und einer großer Anzahl von Beteiligten aussehen? Zudem besteht die Gefahr, dass die Themensetzung oder Online-Beteiligungsplattformen von gut organisierten Partikularinteressen gekapert werden. Somit würde der eigentliche Zweck der Maßnahmen konterkariert und sogar ein demokratischer Rückschritt gegenüber repräsentativen Modellen ablaufen. Auch bleibt ein großer, weniger inter-

netaffiner Bevölkerungsteil von dieser Form der Beteiligung ausgeschlossen.

Schließlich haben wir im dritten Teil herausgefunden: Ja, Einzelne können besser Offenheit einfordern und Themen setzen, aber dieses neue Werkzeug steht nicht jedem in der gleichen Weise zur Verfügung.

Es braucht spezielle Fähigkeiten, um gezielt an Informationen zu kommen oder sie aussagekräftig aufzuarbeiten. Hier entstehen neue Machthierarchien.

Aus diesen Erkenntnissen leiteten wir schließlich unsere These ab, die die Antwort auf die gestellte Ausgangsfrage ist:

Transparenz im Sinne der Offenlegung von Daten und Prozessen kann durch das Internet erreicht oder zumindest verbessert werden. Dies bedeutet allerdings nicht gleichzeitig und zwangsläufig, dass Politik dadurch verständlicher, wirklich offener und zugänglicher wird.

Migle Bareikyte Litauen;
Medien und politische Kommunikation
Irina Hardt Deutschland;
WVL und BWL
Sebastian Jannasch Deutschland;
Internationale Beziehungen
Lena Koeber Polen; Osteuropastudien
Daniel Meehan Großbritannien;
Sozialwissenschaften
Judith Rohde-Liebenau Deutschland;
Politik- und Sozialwissenschaft

INTERVIEW. FRAGEN AN MARINA WEISSBAND VON DER PIRATENPARTEI

Was hat das Internet mit der Politik zu tun?

Sehr viel. Es ändert die Art und Weise, wie wir kommunizieren und denken. Jeder kann seinen Senf dazugeben. Unsere Generation ist es gewohnt, sich selbst einzubringen, gehört zu werden und nicht bloß passiv Informationen zu konsumieren. Wir wollen mitmachen können. Das gilt auch für die Politik: Sie ist keine Einbahnstraße mehr.

Die Piraten haben Transparenz zum Schlagwort gemacht. War das ein Misstrauensantrag an unsere Form der Demokratie?

Ja, wir haben jeden Grund, der repräsentativen Demokratie zu misstrauen. Transparenz ist in der Demokratie fundamental. Wir haben ein Recht darauf, Politiker zu kontrollieren und Rechenschaft abgelegt zu bekommen. Gleichzeitig brauchen wir auch einen Kulturwandel: Politiker sollen nicht mehr so tun müssen, als wüssten sie alles und würden keine Fehler begehen. Sie sollen offen und nachvollziehbar machen, wie sie arbeiten und zu Entscheidungen kommen. Dabei können Fehler passieren. Das ist vollkommen normal. Das darf auch kein Skandal sein. Transparenz hilft dabei, diese Mängel frühzeitig zu entdecken und etwas dagegen zu unternehmen, um schwierige Krisen zu lösen. Auch Politiker kochen bloß mit Wasser.

Aber braucht es nicht manchmal auch Hinterzimmer, um vertrauliche Absprachen zu treffen und Kompromisse zu finden?

Ich glaube nicht, dass Hinterzimmer eine Notwendigkeit sind. Sie sind ein angewöhnter Stil. Der lässt sich ändern. Die Kultur von Deals und geheimen Absprachen ist nicht erstrebenswert. Dann brauchen wir auch keine Schaufenster-Debatten mehr.

Die Piraten sagen: Jeder Einzelne soll an der Politik mitarbeiten können. Einige Parteien lassen bereits ihre Programme oder Gesetzesvorschläge im Web kommentieren. Allerdings mit sehr niedriger Resonanz. Wollen die Bürger vielleicht gar nicht beteiligt werden?

Das glaube ich nicht. Es braucht etwas Zeit. Die Menschen sind es noch nicht gewohnt. Zumal wirkliche Beteiligung oft gar nicht stattfindet. Beteiligung darf nicht bloß zum Schein passieren. Das war bisher das größte Hindernis. Erst wenn man das Gefühl hat, dass es etwas bewirken kann, wird man aktiv. Es darf nicht der Willkür unterliegen, was einbezogen wird. Das ist aber meist immer noch der Fall. Ein Beispiel: In Münster gibt es das Projekt »Bürgerhaushalt«, wo die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können, was in der Stadt entwickelt werden soll und wohin das Geld fließt. Anfangs war da kaum Interesse, aber als die Leute merkten, dass sie tatsächlich Einfluss haben, änderte sich das.

Wie lautet deine Definition von Transparenz?

Staatliche Transparenz ist die Offenlegung sämtlicher öffentlicher Daten. Ausnahmen dürfen nur aus Datenschutzgründen oder wegen legitimer Staatsinteressen erfolgen. Auf erster Ebene erfolgt die Offenlegung sämtlicher Daten in durchsuchbarer und ungefilterter Weise mit offenen Lizenzen. Auf zweiter Ebene müssen diese Daten dann aggregiert und die relevanten Teil davon identifiziert werden, anschließend in Kontext gesetzt und verbreitet werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

